

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Franziska Koch

UN-Menschenrechtskommissarin veröffentlicht Bericht zu Sri Lanka

Die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet hat im Januar einen Bericht über die Menschenrechtslage in Sri Lanka veröffentlicht und warnt davor, dass das Versagen der Regierung Sri Lankas bei der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen das Risiko einer Wiederholung solcher Verstöße deutlich erhöhe. Der UN-Bericht hebt außerdem besorgniserregende Trends der vergangenen Jahre hervor. Dazu zählen die anhaltende Straflosigkeit und politische Behinderung der Rechenschaftspflicht für Verbrechen während der Zeit des bewaffneten Konflikts, die Militarisierung von zivilen Regierungsfunktionen, eine ethno-nationalistische Rhetorik der Regierung und die Einschüchterung der Zivilgesellschaft. Der Bericht drängt auf eine verstärkte Überwachung und strenge Präventivmaßnahmen durch die internationale Gemeinschaft und schlägt gezielte Sanktionen vor, wie das Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbote gegen Personen, die mutmaßlich an schweren Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges beteiligt waren.

Vermeehrt Repressalien gegen Muslime

Seit den terroristischen Anschlägen auf christliche Kirchen und Hotels am Ostersonntag 2019, bei denen rund 250 Personen starben und 500 weitere verletzt wurden, steht die muslimische Glaubensgemeinschaft in Sri Lanka unter Generalverdacht. Sie werden vermehrt Opfer von Hassreden und Gewalt. Anlässlich der parlamentarischen Debatte über den Ermittlungsbericht zu den Osteranschlägen 2019 ließ der Minister für öffentliche Sicherheit verlauten, dass neben den Maßnahmen zur Ergreifung der Täter der Anschläge auch bald Schritte unternommen werden, um die Burka und die *Madrasa*-Schulen in Sri Lanka zu verbieten.

Kräutertrank gegen Corona aus Kegalle

Im Dezember 2020 verbreitete sich die Nachricht über einen natürlichen Kräutertrank, hergestellt unter anderem aus Bienenhonig und lokalen Gewürzen, der eine Immunität und Heilung von Corona versprach. Die Gesundheitsministerin und

Abgeordnete des Parlaments bewarben den Saft in sri-lankischen Medien zwecks Eindämmung von Corona. Berichten zufolge pilgerten in vier Tagen bis zu 15.000 hilfeschende Menschen in das Dorf des Kräutertrankherstellers Dhammika Bandara in der Nähe von Kegalle, wo er den Saft für umgerechnet elf Euro pro Flasche verkaufte. Die Gesundheitsministerin und fünf Abgeordnete erkrankten trotz der Einnahme des Saftes an Corona. Laut des Erfinders läge dies allerdings nicht an der zweifelhaften Wirksamkeit seiner Mixtur, sondern an einer falschen Dosierung. Wie viele weitere Konsument(inn)en des Saftes an Corona erkrankten, ist nicht festzustellen. Wissenschaftliche Studien über die Wirkung des Kräutersafts liegen nicht vor; der Präsident ordnete eine Untersuchung an.

Start der nationalen Impfkampagne

Mit der Zulassung ausländischer Impfstoffe scheint der Spuk der Kräutertränke vorbei zu sein. Die Impfung der Bevölkerung hat Ende Januar 2021 begonnen. Bislang wurden rund 350.000 Personen gegen Covid-19 geimpft, beginnend mit Mitarbeitenden im Gesundheitswesen sowie Militärpersonal und Polizeibeamte. Auch Personen über 60 Jahre, die eine Vorerkrankung haben und Personen ab 50 Jahre, „die für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft als wichtig erachtet werden“, sollen laut Impfstrategie zu den Ersten gehörend, die eine Impfung erhalten.

Zwangseinäscherungen eingestellt

Nach einem fast einjährigen Kampf um ihr Recht auf Erdbestattung und freie Religionsausübung können Muslime und Christen aufatmen. Die sri-lankische Regierung verkündete Ende Februar, das Verbot der Erdbestattung von Covid-19-Opfern aufzuheben. Seit April 2020 war die Einäscherung aller an Covid-19 Verstorbenen unter dem Vorwand der möglichen Kontaminierung des Grundwassers vorgeschrieben worden. Zahlreiche Staaten und Expert(inn)en verurteilten diese Praxis als unwissenschaftlich und unsensibel gegenüber muslimischen Glaubensvorstellungen. Erste Beerdigungen fanden Anfang März in der Nähe von Batticaloa statt. Aktuell stellen sowohl Privatleute

als auch lokale Moscheen noch Land für Beerdigungszwecke der muslimischen Gemeinschaft zur Verfügung. Zukünftig soll es in jedem Bezirk ausgewiesene Begräbnisstätten für Covid-19 Verstorbene geben.

Alarmierende Zunahme der staatlichen Überwachung

Laut Berichten von *Human Rights Watch* ist es in den letzten drei Monaten vermehrt zu körperlichen Übergriffen an Journalist(inn)en und zu Todesdrohungen gegen regierungskritische Reporter(inn)en gekommen. Sicherheitsbeamte sollen zudem Medienbüros durchsucht haben. Das Verteidigungsministerium gab Ende Januar bekannt, dass es einen Entwurf für ein neues Cybersicherheitsgesetz ausgearbeitet habe, um Menschen daran zu hindern, „verleumderische Beiträge“ in sozialen Medien zu veröffentlichen. Der Gesetzesvorschlag ist noch nicht veröffentlicht worden. Seit der Machtübernahme der Regierung von Präsident Gotabaya Rajapaksa ist es rasch zur Beschneidung und Überwachung des zivilen Raums und der Meinungsfreiheit gekommen. Auf Erlass von Präsident Rajapaksa wurden eine Reihe wichtiger ziviler Behörden dem Verteidigungsministerium unterstellt, darunter die zivile Polizei und das NGO-Sekretariat. Damit untersteht dem Verteidigungsministerium die Registrierung, Kontrolle und behördliche Genehmigung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten.

Neuer Vorsitzender des OMPs

Upali Abeyrathne wurde im Dezember 2020 durch Präsident Rajapaksa als neuer Vorsitzender des *Office for Missing Persons* (OMP) ernannt. Der ehemalige Richter des Obersten Gerichtshofs war zuvor Vorsitzender der umstrittenen Kommission zur Frage politischer Opferstilisierung (Viktimisierung). Diese Kommission untersuchte Anklagen gegen Amtsträger, Regierungsmitarbeitende, Polizeibeamte und Mitglieder der Streitkräfte, ob sie aus politischen Motiven erfolgt waren. Die Kommission ist dafür berüchtigt, Opfer und Zeug(inn)en von Gewalttaten einzuschüchtern und damit anhängige Gerichtsverfahren zu untergraben. Als Vorsitzender der besagten Kommission wird Abeyrathne beschuldigt, Teil dieser Einschüchterungskampagnen und Verschleppungen gewesen zu sein – also solcher Verbrechen, deren Aufklärung er sich nun als Vorsitzender des OMP verschreiben sollte.

Regierungsvertreter beurteilt das OMP als „unnützlich“

Kamal Gunaratne, Regierungsdirektor im Verteidigungsministerium, ließ in einem Interview mit der *Daily News* verlauten, dass er die Einrichtung des OMPs gemäß den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates für absurd gehalten und die vom Ausland betriebene Institution keinen Nutzen habe. Er betonte, dass die sri-lankische Regierung sich zukünftig durch einen „im Inland entworfenen und durchgeführten Versöhnungs- und Rechenschaftsprozess“ für einen „nachhaltigen Frieden“ einsetzen wird.

Protestmärsche für Gerechtigkeit und Minderheitenrechte

Anfang Februar fanden Protestmärsche in allen Distrikten im Nordosten zwischen Pottuvil in Amparai bis Polikandy in Jaffna statt. Die tamilische Zivilgesellschaft hatte die Kundgebungen trotz Gerichtsverboten und Einschüchterungen durch staatliche Sicherheitskräfte organisiert. Nach eigenen Angaben demonstrierten zehntausende Tamil(inn)en, Muslime und Muslima für Gerechtigkeit und den Schutz ihrer Rechte. Die Hauptforderungen der Demonstrant(inn)en waren die Anerkennung eines souveränen, tamilischen Staats, die Aufarbeitung der Verbrechen während der Zeit des Bürgerkrieges durch den Internationalen Strafgerichtshof sowie die Beendigung der Strafverfolgung unter dem *Prevention of Terrorism Act* (PTA). Eine weitere zentrale Forderung der Demonstrant(inn)en war das Recht zur Wahrung der tamilischen Geschichte und Identität sowie zur Erinnerung tamilischer Kriegsoffer, die in der 26-jährigen Auseinandersetzung zwischen den Regierungstruppen und der Rebellengruppe *Tamil Tigers* (LTTE) ihr Leben verloren.

Zerstörung des Mullivaikkal-Denkmal

Anfang Januar 2021 wurde das für Tamil(inn)en bedeutsame *Mullivaikkal*-Denkmal auf dem Universitätsgelände in Jaffna mutwillig unter dem Vorwand der öffentlichen Sicherheit und der Bedrohung der Einheit des Landes von der sri-lankischen Regierung zerstört. Es war erst 2019 anlässlich des 10. Jahrestages zur Erinnerung der Toten des *Mullivaikal*-Massakers errichtet worden und diente im Zuge der kollektiven Trauerbewältigung als wichtige Gedenkstätte für die tamilische Gemeinschaft. Inzwischen sagte die Universität zu, das Denkmal wieder aufzubauen.